



Sozialdemokratische Partei Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096
3000 Bern 23
Tel. 031 370 07 90, Fax 031 370 07 81
bern@spbe.ch, www.spbern.ch

Die SP setzt sich für einen attraktiven, nachhaltigen Wirtschaftsstandort Bern ein.

Wirtschaftspolitische Thesen und Handlungsfelder der SP der Stadt Bern für die Jahre 2009 - 2015

AutorInnen: Barbara Aeschbacher, Cipriano Alvarez, Michael Arn, Toni Brauchle, Christian Käch, Urs Möri-Wyrsh, Daniela Schäfer, Samuel Zellweger unter Mitwirkung von Thomas Göttin, Leyla Gül und Béatrice Stucki.

Version vom 8. Juli 2009

© Sozialdemokratische Partei Stadt Bern

Herausgeberin: SP der Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23
Tel. 031 370 07 90, Fax 031 370 07 81, bern@spbe.ch, www.spbe.ch

Vorwort

Als im Sommer 2007 die Parteileitung der SP der Stadt Bern der Arbeitsgruppe Wirtschaft den Auftrag erteilt hat, ein neues Wirtschaftspapier zu erstellen, war die Wirtschaftskrise in breiten Kreisen noch kein Thema.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind mittlerweile auch bei uns deutlich spürbar. Bekanntermassen kann die Stadt Bern der Krise nur auf lokaler und regionaler Ebene entgegen wirken. Daher enthält das Papier nur Ziele und Massnahmen, welche die Stadt und Region verfolgen resp. umsetzen können.

Warum ein Wirtschaftspapier – und warum zum heutigen Zeitpunkt?

Die Wirtschaft dient dem Menschen, der Förderung seiner Wohlfahrt und seines Wohlstands unter Berücksichtigung der Ökologie, der Gesundheit und des sozialen Zusammenlebens.

Bern ist Wirtschaftszentrum des Kantons, mit Ausstrahlung weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Was die Stadt Bern als Wirtschaftszentrum für den Kanton bedeutet, lässt sich daran ablesen, dass rund die Hälfte des Volkseinkommens des Kantons Bern in der Region Bern erwirtschaftet wird. Nur allzu gerne werden diese Fakten von den eher ländlichen Regionen ignoriert.

Daher ist aus Sicht der SP der Stadt Bern nötig, dass die Stadt Bern eine klare Wirtschaftspolitik betreibt, die diese zentrale Bedeutung der Stadt für die Wirtschaft hervorhebt. Die Wirtschaftspolitik der Stadt ist dabei nicht Selbstzweck (z. B. zur Erlangung eines höheren Steueraufkommens), sondern dient der Prosperität der Stadt und seiner Bevölkerung, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Zweck dieses Papiers ist es, den politisch und wirtschaftlich interessierten Personen Grundlagen in die Hand zu geben, die den Handlungsbedarf aus Sicht der SP der Stadt Bern aufzeigen. Und letztlich geht es darum, Wirkung zu entfalten und die Stadt Bern als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort noch attraktiver zu gestalten.

Kurzfassung

Der Auftrag an die Arbeitsgruppe lautete, „zuhanden der Geschäftsleitung und der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern ein kampagnenfähiges und zukunftsweisendes Wirtschaftspapier zu erstellen, das Möglichkeiten aufzeigt, wirtschaftspolitische Anliegen mit sozialpolitischen und ökologischen Forderungen zu verbinden. Das Papier legt dar, in welchen Bereichen die Stadt aktiv werden resp. ihre Aktivitäten verstärken muss. Das Schwergewicht liegt insbesondere auf jenen Bereichen, die im Zuständigkeits- und Kompetenzbereich der Stadt liegen, d.h. dort, wo der Stadt- und Gemeinderat konkrete Handlungs- und Einflussmöglichkeiten haben. Voraussetzung für die Erarbeitung des Wirtschaftspapiers ist eine Bestandesaufnahme zur Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik der Stadt Bern und das Aufzeigen des politischen Spielraums der Stadt Bern“

Dieser Herausforderung stellte sich die Arbeitsgruppe. Das Dokument liefert Thesen, Ziele und Massnahmenvorschläge, die mittel- bis längerfristige Ergebnisse zeigen sollen. Kampagnenfähigkeit zielt auf kurzfristige Schwerpunktsetzung – das Papier liefert dazu Anhaltspunkte. Je nach Aktualität können sich politisch-mediale Kampagnen im Konzept bedienen.

Das vorliegende Wirtschaftspapier fokussiert auf die, aus Sicht der SP der Stadt Bern, wichtigsten wirtschaftspolitischen Themengebiete.

Dabei liegt der Schwerpunkt auf Handlungsfeldern, die auf städtischer Ebene oder aus städtischer Perspektive beeinflussbar sind.

Alle anderen Perspektiven können in den Wirtschaftspapieren von SP Schweiz und SP Kanton Bern nachgelesen werden.

Wirtschaft, Wirtschaften und Wirtschaftsräume sind bekanntlich nicht nur auf die Stadt beschränkt. Wirtschaftliche Handlungsfelder sind somit mit Blick auf das städtische Umfeld zu betrachten. Daher weisen einige Themen des vorliegenden Papiers auch regionale Aspekte auf, wie beispielsweise die Agglomerations- und die Arbeitsmarktpolitik.

So soll die städtische Wirtschaftsförderung weiterhin ihre Wirkung für die Kernstadt in Zusammenarbeit mit der Region und dem Kanton entfalten und wenn möglich verstärken. Dazu erhält sie einen klaren Auftrag der Regierung, den sie unter Einbezug und Nutzung der kantonalen und eidgenössischen Wirtschaftsförderung für das Wohl der Stadt Bern einsetzt.

Methodisch wurde so vorgegangen, dass in einer ersten Lesung die wichtigsten wirtschaftspolitischen Kerngebiete herausgearbeitet wurden. Anschliessend wurden die Positionen der SP zu den einzelnen Kerngebieten auf Basis vertiefter Analysen erarbeitet. Dazu wurden statistische Angaben ebenso einbezogen wie Grundlagen der SP Kanton Bern und der SP Schweiz.

Das Dokument gliedert sich in 8 Kapitel. Jedes Kapitel ist in eine kurze Einleitung, Ziele, Massnahmen und Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen gegliedert.

Zu jedem Kapitel gibt es eine übergeordnete These. Die wichtigsten Thesen sind bereits in die Wahlplattform 2008 eingeflossen. Auch für weitere Kampagnen sind einzelne Elemente verwendbar.

Thesen

Image & Attraktivität

Die Stadt Bern ist ein attraktiver Standort für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitskräfte und ihre Familien. Die SP der Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die vorhandenen Qualitäten erhalten und laufend verbessert werden.

Agglomerationspolitik

Die SP der Stadt Bern fördert die Anpassung der politischen Strukturen an den funktionalen Verflechtungsraum (Wohnen, Arbeiten, Freizeitaktivitäten, Naherholung, usw.) der Region Bern, mit dem langfristigen Ziel einer grossen wirtschafts- und verwaltungsfreundlichen Metropolgemeinde.

Wirtschaftsstandort

Die Stadt Bern fördert eine aktive Ansiedlung von Unternehmen und Organisationen unter der Beachtung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Ökologie und Soziales. Die SP der Stadt Bern will mit einer darauf abgestützten Ausrichtung der Rahmenbedingungen den Wirtschaftsstandort Bern attraktiv gestalten und mit entwickeln.

Arbeitsmarkt

Die SP der Stadt Bern setzt sich für einen offenen und flexiblen Arbeitsmarkt und einen vielfältigen Wirtschaftsstandort ein, der Stellensuchenden und Arbeitslosen in allen Bereichen Angebote bietet. Der guten Integration aller Jugendlichen in den Arbeitsmarkt wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Service Public

Die SP der Stadt Bern will Bern als Standort für Service Public Unternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Verwaltungs- und Regierungsstellen und internationale Organisationen stärken. Sie finden in der Stadt Bern ideale Strukturbedingungen, um als attraktiver Standort zu überzeugen.

Tourismus und Freizeit

Die SP der Stadt Bern unterstützt Projekte und Investitionen mit touristischer Ausstrahlung, damit Bern als attraktive Tourismusdestination wahrgenommen wird und sich als Kultur- und Eventstadt weiterentwickelt.

Wohnen & Arbeiten

Bern hat eine der höchsten Lebensqualitäten weltweit. Bern ist eine schöne Stadt mit viel Grünraum. Die Menschen, die in Bern wohnen, leben gerne hier. Unter Führung der SP hat es die rot-grün regierte Stadt geschafft, den Wegzug aus der Stadt zu stoppen. Neu verzeichnet Bern wieder ein Bevölkerungswachstum. 900 Wohnungen sind im Bau oder Umbau. Wohnpolitik ist Teil der Stadtentwicklungspolitik. Die SP der Stadt Bern setzt sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein.

Abgeltung der Zentrumslasten

Die Stadt Bern ist sowohl Wirtschaftsmotor als auch Kulturzentrum für die Region und den Kanton. Sie verfügt unter anderem über ein ausgezeichnetes Kultur- und Sportangebot. Diese Angebote bilden mitunter den Boden für Offenheit, Toleranz und Integration. Die Agglomerationsgemeinden und der Bund delegieren aber einen Teil ihrer Aufgaben zunehmend an die Stadt Bern. Die SP steht zur Rolle der Stadt Bern als Kernstadt und Bundeshauptstadt. Sie verlangt mehr Transparenz bei der Abgeltung der Zentrumslasten. Sie setzt sich überdies dafür ein, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Bern nicht durch die Übernahme von Zentrumslasten weiter eingeschränkt wird.

Inhaltsverzeichnis

1. Image und Attraktivität	6
2. Agglomerationspolitik	7
3. Wirtschaftsstandort	8
4. Arbeitsmarkt.....	9
5. Service Public.....	10
6. Tourismus und Freizeit	11
7. Wohnen und Arbeiten.....	12
8. Abgeltung der Zentrumslasten.....	13

1. Image und Attraktivität

Wirtschaftliche Stärke ist die Grundlage einer gesunden und attraktiven Stadt Bern.

Die SP der Stadt Bern stellt sicher, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Bern attraktiv gestaltet werden und die Lebensqualität für die Bevölkerung auf höchstem Niveau gehalten wird.

Ziele

- Die Stadt Bern tritt zusammen mit den anderen Städten im Wirtschaftsraum Bern-Mittelland als attraktiver Standort auf.
- Die Steuersituation für natürliche und juristische Personen ist im Städtevergleich mit St. Gallen, Winterthur, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne und Genf attraktiv.
- Der Wirtschaftsstandort wird durch Gründung oder Neuansiedlung von Unternehmen, Verbänden und anderen Organisationen gestärkt.
- Bern kennt keine Jugendarbeitslosigkeit.
- Die Zahl der arbeitslosen Personen in der Stadt Bern liegt dauerhaft unter dem schweizerischen Durchschnitt.
- Prävention und Integration reduzieren die Kosten der Sozialhilfe.
- Bern ist schweizweit für seine hervorragenden Schulen und Bildungsinstitute bekannt.

Massnahmen

1. Die SP der Stadt Bern setzt sich politisch für eine hohe Lebensqualität in Bern ein (saubere Luft, exzellenter öV, viele Erholungsräume, Sicherheit, Kulturangebot, ...).
2. Die Stadt Bern pflegt den Kontakt zu bestehenden Unternehmen und kennt deren Bedürfnisse.
3. Die Betriebe der Stadt Bern erfüllen ihre Dienstleistungen zu marktgerechten Preisen und bieten vorbildliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.
4. Die Entwicklungsschwerpunkte (ESP) sind für zukunftssträchtige Firmen zu reservieren. Die SP denkt vor allem an Firmen aus dem Ökologie-, Telematik-, Medizinal-, Präzisions-, Pharma- oder dem Unternehmensberatungs- und Dienstleistungssektor, welche sich ansiedeln wollen oder die Stadt nicht verlassen möchten.
5. Industrielle Unternehmen sind im Rahmen der Möglichkeiten in der Stadt Bern oder in der Region zu fördern. Es sind vielfach diese Betriebe, die Personen ohne Berufsbildung einen Arbeitsplatz bieten.
6. Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr werden gefördert.
7. Der Bahnhof Bern wird ausgebaut.
8. Die Stadt Bern stellt sicher, dass die Schulen in der ganzen Stadt über eine hohe Qualität verfügen.
9. Familien werden durch Kinderbetreuung und Tagesschulen unterstützt.
10. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit werden mustergültig umgesetzt.

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Stadt, städtisches Wirtschaftsamt, Wirtschaftsförderung Stadt und Region Bern, Verein Region Bern VRB, Kanton.

2. Agglomerationspolitik

Die SP der Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die politischen Strukturen in der Agglomeration Bern mit den funktionalen Verflechtungen besser übereinstimmen. Dies ermöglicht eine Politik aus einem Guss, die sich durch hohe Effizienz auszeichnet und an der alle, in der Region wohnhaften Personen, in demokratischer Weise mitwirken können.

Im nationalen und internationalen Standortwettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze tritt die Region Bern geschlossen und kraftvoll auf und bringt sich als politisches Zentrum der Schweiz ein, damit sie neben den grossen Städten wahrgenommen wird und bestehen kann.

Ziele

- Die politische Struktur der Region Bern entspricht dem funktionalen Grossraum, der sich durch enge Verflechtungen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Aus- und Weiterbildung, Freizeitaktivitäten, Erholung, Einkaufen, usw. auszeichnet. Kurzfristig werden die Möglichkeiten im Rahmen der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit genutzt. Langfristig schliessen sich alle Gemeinden der Region Bern zu einem grossen Zentrum mit einer modernen und effizienten Struktur zusammen.
- Die Infrastrukturen in der Agglomeration sind ausgebaut und in effizienten Organisationen zusammengesetzt. Langfristig werden sie im Rahmen der neuen Grossgemeinde in einer demokratischen Form betrieben, in der die Interessen der früheren Einzelgemeinden angemessen vertreten werden können. Den Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung wird dabei Rechnung getragen.

Massnahmen

1. Die mit der Regionalisierung geschaffenen Möglichkeiten werden rasch umgesetzt. Die Stadt Bern übernimmt dabei eine führende Rolle und treibt den Prozess mit überproportionalem Ressourceneinsatz voran.
2. Die Stadt Bern ist gegenüber den anderen Agglomerationsgemeinden ein freundschaftlicher, fairer, offener und loyaler Partner. Sie betreibt die Überzeugungsarbeit, dass die Zusammenarbeit kein Nullsummenspiel ist, sondern Allen Mehrwert bringt.
3. Die Stadt Bern setzt sich in der Region aktiv für die Weiterentwicklung und Verbesserung ausgewählter Infrastrukturbereiche ein, bei welchen der Handlungsbedarf besonders ausgewiesen ist (z.B. Kehrrichtensorgung/ Abfallrecycling, Wehrdienste, Sozialdienste).
4. Die Stadt Bern entwickelt eine Strategie, wie sie als Zentrum – allenfalls schrittweise – entwickelt werden kann. Sie entwickelt Allianzen mit zusammenarbeits- und fusionswilligen Agglomerationsgemeinden und bereitet das Terrain für Gemeindezusammenlegungen vor. Sie arbeitet dabei auf fühlbare win-win-Situationen hin und verzichtet darauf, kurzfristige Profite einstreichen zu können.

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Stadt, städtisches Wirtschaftsamt, Kanton, Nachbargemeinden, Verein Region Bern VRB, SP Region Bern-Mittelland, Kantonales Amt für Berner Wirtschaft beco.

3. Wirtschaftsstandort

Die SP der Stadt Bern setzt sich für ein Wachstum im Dienste der nachhaltigen Entwicklung ein. Sie setzt auf Unternehmen, die den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales genügen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Gründung eines Kompetenzzentrums „Öffentliche Verwaltung“ sowie der Weiterentwicklung der Cluster¹.

Ziele

- Die Gründung eines Kompetenzzentrums für Öffentliche Verwaltung durch eine aktivere Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber, der Öffentlichen Verwaltung und der bundesnahen Betriebe mit der Berner Fachhochschule, den Höheren Fachschulen, der Universität aber auch mit anderen Bildungsinstituten, wird angestrebt. Dafür ist eine Vernetzung dieser Institute voranzutreiben.
- Die bekannten Standortfaktoren werden generell gestärkt: hoch qualifizierte, motivierte, initiative Arbeitskräfte; Verfügbarkeit von geeigneten, gut erschlossenen (insbesondere mit öffentlichem Verkehr) und erschwinglichen Produktionsstätten und Grundstücken; offene, unbürokratische, rasch agierende Behörden und Verwaltungsstellen; moderate Steuern; zuverlässige, ökologisch orientierte Energieversorgung; gutes allgemeines Wohn- und Freizeitumfeld.
- Zu fördern sind vor allem Unternehmen, welche Ausbildungsplätze (Bildungszugang für alle) und Integrationsarbeitsplätze (z. B. für körperlich behinderte Menschen und RAV-Arbeitsplätze) anbieten sowie den GAV anwenden. Es sollen diejenigen Standortfaktoren, welche den Werten der SP entsprechen, gefördert werden (öffentlicher Verkehr, Bildungszugang, Sozialpolitik). Wo kein GAV vorhanden ist, müssen die Unternehmen selber vorbildliche Arbeits- und Anstellungsbedingungen anbieten.
- Wirtschaftlich-technologische Schwerpunkte und Clusters werden gefördert.

Massnahmen

1. Es sind Anreize zur Ansiedlung zu schaffen für die oben erwähnten Unternehmen in Stadt und Agglomeration Bern, z. B. durch Sponsoring der Stelle für Lehrlingsausbildner, Angebote an temporär verbilligten Geschäftsräumlichkeiten im Eigentum der Stadt oder öV-Tickets (auch als Motivation gegen den motorisierten Individualverkehr, z. B. Libero-Job-Abo) und weitere kreative Ideen.
2. Anregung zur Bildung des Kompetenzzentrums „Öffentliche Verwaltung“ durch die Politik und Wirtschaft (Mandat tragende Personen) und u. a. durch die Schaffung eines „Politzentrums Bern“ durch gezielte Vernetzung der Berner Fachhochschule und der Höheren Fachschulen, der Universität, der Forschung, der Verwaltung und der Unternehmen (NGO / NPO).
3. Industriebrachen und weitere Umnutzungsflächen werden erschlossen und verfügbar gemacht.
4. Neugründungen werden gezielt gefördert (innoBE, unicetera) und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Kantons Bern wird gestärkt.

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Kanton, Stadt, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen, Universität, Organisationen der Arbeitswelt OdA².

¹ Unter einem Cluster versteht man eine geografische Konzentration miteinander verbundener Unternehmen und Institutionen in einem Wirtschaftszweig. Ziel eines Cluster ist es, durch die bessere Vernetzung der Unternehmen gleicher Branche eine stärkere Wirkung gegen aussen erzielen zu können. Cluster bilden zusammen mit den zugehörigen Verwaltungsstellen, Universitäts- und Bildungsinstituten wichtige Kompetenzzentren, die einen starken Input an die Wirtschaftsregion liefern, bspw. im Gesundheitswesen

² In den OdA sind gemäss neuem Berufsbildungsgesetz die Sozialpartner und Berufverbände enthalten.

4. Arbeitsmarkt

Arbeit ist ein zentrales Element unseres Lebens. Dank der SP wurden die städtischen Ausbildungsplätze schon verdreifacht. In der Hauptstadt der Schweiz und des Kantons Bern sind 148'000 Arbeitsplätze mit hoher Qualität angesiedelt. Bern ist der Wirtschaftsmotor und die Zukunftswerkstatt des Kantons Bern: 52 Prozent des kantonalen Bruttoinlandprodukts werden in der Region Bern erwirtschaftet. Bern hat niedrige Arbeitslosenzahlen. Und Bern ist bei den Unternehmenssteuern unter den Top Ten der Schweiz.

Ziele

- Industrielle und technische Arbeitsplätze in der Region Bern werden erhalten und neu angesiedelt. Die Branchen im Tertiärsektor werden gebündelt.
- Die Übergänge von der Sek I- in die Sek II-Stufe sowie von der Sek II ins Arbeitsleben sind so gestaltet, dass möglichst viele Jugendliche eine Ausbildung bekommen und sich möglichst problemlos ins Arbeitsleben integrieren können.
- Die Ausbildungssituation für Jugendliche in Betrieben, Schulen, Institutionen ist gut.
- Die arbeitsmarkttechnischen Massnahmen sind gut auf Zielgruppen und Arbeitsmarktbedürfnisse ausgerichtet. Die (Re-)Integration von Langzeitarbeitslosen wird durch Vermittlung und Integrationshilfen verbessert und entlastet die Fürsorge.
- Projekte im 2. Arbeitsmarkt werden gefördert, führen aber nicht zu einer Dauerbeschäftigung im 2. Arbeitsmarkt, damit die Integration in den 1. Arbeitsmarkt nicht unterlaufen werden kann.

Massnahmen

1. Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik in der Agglomeration werden gut koordiniert.
2. Qualitative Aspekte der Arbeitsplätze werden ins Zentrum gerückt und durch gezielte Massnahmen (z. B. Innovationspreis, Sozialrating, usw.) gefördert. Nachhaltiges Wirtschaften wird durch ökologisch, sozial und ökonomisch sinnvolles Handeln sowie durch Vorgaben gestärkt.
3. Stadtverwaltung und städtische Betriebe bieten mehr Ausbildungs- und Praktikumsplätze an.
4. Begleitmassnahmen für die Übergänge von Sek I- in Sek II-Stufe sowie in die Arbeitswelt sind auszubauen und so zu gestalten, dass keine SchulabgängerInnen ohne Anschlusslösung sind. Programme und Integrationsmassnahmen für die Übergänge Sek II in die Arbeitswelt sind so auszubauen, dass möglichst wenige Jugendliche (langzeit-)arbeitslos werden.
5. Das Kompetenzzentrum Arbeit wird als Träger gestärkt und gut mit der Wirtschaft und dem Wirtschaftsamt vernetzt. Es wird ein gutes Netz zum Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen und zur notwendigen Reintegration in den Arbeitsmarkt gepflegt und ein attraktives Anreizsystem entwickelt.
6. Beratungs-, Betreuungs- und Kontrollleistungen zum Erhalt und zur Erreichung von korrekten Arbeitsbedingungen werden erhalten und wo nötig zusätzlich ausgebaut (Arbeitsgericht, Wirtschaftsamt, Wirtschaftsförderung, öffentliches Beschaffungswesen, usw.).
7. Es werden genügend Ausbildungs- und Praktikumsplätze für Lernende und Studierende geschaffen und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (z. B. Ausbildungsverbunde) bereitgestellt.
8. Die Aufgaben des Kompetenzzentrums Arbeit wird auf die Zielgruppen abgestimmt (Steigerung der Vermittlungsraten, nachhaltige Integration).
9. Die Stadt unterstützt gewerkschaftliche Bestrebungen, allgemein verbindliche GAV in allen Branchen zu erreichen.
10. Es wird eine städtische Anlaufstelle für qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund eingerichtet, um den Einstieg ins Studien- und Berufsleben zu erleichtern

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Stadtverwaltung, Bildungsinstitutionen, Organisationen der Arbeitswelt OdA.

5. Service Public

Service Public ist in der Stadt Bern ein Kultur- und Wirtschaftsfaktor. Als Bundes- und Kantonshauptstadt profitiert die Stadt wirtschaftlich und kulturell von der Ansiedlung zahlreicher Service Public Unternehmen und Verwaltungseinheiten. Unternehmen des Service Public zeichnen sich als verantwortungsbewusste und verlässliche Arbeitgeber aus. Sie benötigen in grossem Stil qualifizierte Arbeitskräfte, die den Anspruch haben, in einer lebendigen, lebensfreundlichen und attraktiven Stadt zu wohnen.

Ziele

- Die Stadt Bern pflegt gezielt das Image der modernen, lebensfreundlichen Verwaltungs- und Regierungstadt.
- Sie nützt die Nähe zu Bundes- und Kantonsverwaltungen um Service Public Unternehmen in der Stadt und Region zu halten oder anzusiedeln.
- Bern ist für gut ausgebildete, im Dienstleistungs-Bereich arbeitende, international ausgerichtete Menschen (wegen der zahlreichen ausländischen Vertretungen und NGOs) als Arbeits- und Wohnumfeld eine attraktive Stadt.
- Dieses Image ist positiv zu besetzen, als Grundlage für den Zuzug von Verbänden, NGOs, Verwaltungen, internationalen Organisationen und Dienstleistungsunternehmen zu nutzen und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv zu halten.
- Die Unternehmen ihrerseits profitieren von einem regionalen Arbeitskräftemarkt.
- Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt diese Zielsetzung mit passenden Massnahmen.

Massnahmen

1. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass die in mehrheitlich städtischen Besitz befindlichen Unternehmen die Service Public Interessen und Werte verkörpern, die einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung verpflichtet sind. Notfalls ist dies über eine Eigentümerstrategie und eine Personalpolitik sicher zu stellen.
2. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass die Energiestrategie und die ökologischen Vorgaben als wichtige Aufträge an die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmungen durchgesetzt werden.
3. Die Stadt Bern entwickelt eine Strategie, wie Service Public Unternehmen und NGOs in der Ansiedlung unterstützt werden können. Teil der Strategie ist auch der Erhalt bestehender Arbeitsplätze und die Ansiedlungen kantonaler und interkantonaler sowie eidgenössischer Organisationen. Anreize der Stadt für die Unternehmen sind als Anreize für die Mitarbeitenden umzusetzen.
4. Die städtische Wirtschaftsförderung erhält klare Vorgaben und Leistungsziele, die der Verwirklichung der Zielsetzungen verpflichtet sind. Die Strategie ist durch den Gemeinderat festzulegen.
5. Die Stadt Bern richtet ihre Standort-Kommunikation (inkl. Bern Tourismus) darauf aus, das Image der vorbildlichen und lebenswerten Verwaltungs- und Dienstleistungsstadt nachhaltig zu stärken (auch Einstein war einst Beamter ...).

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Kanton, Stadt, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen, Universität, Organisationen der Arbeitswelt Oda.

6. Tourismus und Freizeit

Für die SP der Stadt Bern ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor der Stadt Bern. Das Unesco Weltkulturerbe ist durch Projekte und Investitionen mit touristischer Ausstrahlung zu vermarkten, damit sich Bern als noch attraktivere Event-, Kultur- und Tourismusdestination positionieren kann. Dies darf nicht auf Kosten der städtischen Wohnbevölkerung gehen sondern muss vielmehr zu einem attraktiven Freizeitumfeld beitragen.

Ziele

- Bern verfügt über ein gutes Stadtmarketing mit einem positiven Bild.
- Das Kultur- und das Sportangebot werden optimal vermarktet.
- Sportliche und kulturelle Grossanlässe, Messen und Tagungen sind mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder per Velo zu erreichen.
- Kulturangebote sind vielfältig. Die Lastenverteilung in der Region für diese Angebote ist gerechter.
- Bern ist eine zugängliche und gastfreundliche Stadt, die auch für Personen mit Behinderungen attraktiv ist.

Massnahmen

1. Stadtmarketing wird mit einem positiven Bild von Bern betrieben. Insbesondere Bern Tourismus arbeitet eng mit der Stadt und der Region zusammen.
2. Als Schwerpunkt wird ein nachhaltiger, ökologischer Tourismus gefördert. Dabei sind insbesondere Grossanlässe, Messen und Tagungen mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder per Velo zu erreichen. Passende Angebote müssen stark vermarktet und die nötigen Steuerungsmechanismen eingesetzt werden.
3. Es wird eine Tourismusabgabe für alle Betriebe, welche vom Tourismus profitieren, eingeführt. Diese soll die heutige Übernachtungsabgabe ergänzen. Bern Tourismus wird damit voll finanziert (ähnlich wie in anderen schweizerischen Städten, wie Zürich und Luzern).
4. Durch die touristischen Infrastrukturen, insbesondere durch Bern Tourismus, sollen auch die Kulturangebote der Stadt Bern verkauft werden. Die Geschäftsstellen von Bern Tourismus sind gleichzeitig Ticketcorner für die Kulturstätten in der Stadt Bern.
5. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass der Kanton baldmöglichst ein Kulturförderungsgesetz verabschiedet, welches die Finanzierungssituation aller Kulturinstitutionen klärt und vereinfacht und den Kulturetat der Stadt Bern entlastet zu Gunsten der freien Szene.
6. Bern fördert die Interessenabwägung zwischen Arbeitnehmenden, der Bevölkerung und dem Tourismus in Bezug auf die Öffnungszeiten der Geschäfte und des Gewerbes.
7. Grossanlässe haben den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung zu genügen.
8. Die Stadt Bern fördert den Breitensport.

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Bern Tourismus, Stadtmarketing, Vereine, Organisationen der Arbeitswelt OaA.

7. Wohnen und Arbeiten

Die SP der Stadt Bern setzt sich für Nachhaltigkeit als Leitlinie für die Wohnbau- und Arbeitsplatzpolitik ein. Erste Priorität hat die Verdichtung im bestehenden Raum. Eine sinnvolle Durchmischung von verschiedenen Nutzungen schafft Lebensqualität. Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht es Allen, ihren Bedürfnissen angemessen zu wohnen.

Private sind durch Förderungsmassnahmen zu zielkonformen Investitionen zu motivieren. Die Stadtentwicklung muss als Gesamtvision betrachtet werden und alle städtischen Behörden und Verwaltungsstellen einschliessen. Die Raum- und Agglomerationsplanung ist gemeinsam durchzuführen; die regionale, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit ist zu verstärken.

Ziele

- Die Bevölkerungszahl nimmt wieder deutlich zu, die Lebensqualität wird noch attraktiver.
- Der bestehende Trend zurück in die Kernstadt wird optimal genutzt.
- Die Wohnpolitik wird als zentraler Teil einer Stadtentwicklung angesehen werden, die nachhaltig ist.
- Der Ruf der Stadt Bern bei nationalen und internationalen Investoren wird verbessert.

Massnahmen

1. Es ist ein neues Stadtentwicklungskonzept zu erstellen, welches der Nachhaltigkeit besondere Beachtung schenkt.
2. Die quantitative Deckung der Nachfrage soll sowohl über die Verdichtung von bestehenden Bebauungen als auch über Neubauten erfolgen.
3. Durch Um- und Einzonungen ist das Wohnungsangebot zusätzlich zu verstärken.
4. Es soll ein breites Wohnungsangebot gefördert werden, das mit der Entwicklung der Arbeitsplätze Schritt hält. Dieses Angebot beinhaltet verschiedene Wohnungsgrössen und -typen, Siedlungsformen, Wohnlagen mit unterschiedlichen Standards und damit auch unterschiedlichen Preisen innerhalb des gleichen Stadtteils. Diese Durchmischung verhindert die Bildung von einseitig strukturierten Quartieren.
5. Der günstige Wohnraum ist zu erhalten und zu fördern.
6. Wohnungen für Menschen mit Behinderungen, Betagte, Grossfamilien und finanzschwache Haushalte werden speziell gefördert.
7. Alternative Wohnformen wie betreutes Wohnen, Service-Wohnen, Wohngemeinschaften und autoarmes Wohnen werden ermöglicht.
8. Ein attraktives Wohnumfeld mit Schulen und Kinderbetreuungsstätten von hoher Qualität wird gefördert.
9. Die Stadt Bern beobachtet die Auswirkungen von Zweitwohnungen auf dem Wohnungsmarkt.
10. Die Stadt Bern fördert aktiv Wohnbaugenossenschaften und erleichtert deren Neugründungen. Wenn nötig, muss sie aber auch selber bauen (kommunaler Wohnungsbau).
11. Die Arbeitsplatznutzung wird nicht vernachlässigt. Dafür werden attraktive Zonen bereitgestellt (wie z. B. Weyermannshaus Ost).

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Stadt, Agglomerationsgemeinden, Verein Region Bern, Genossenschaftsverbände, Banken, Organisationen der Arbeitswelt OdA, Pensionskassen.

8. Abgeltung der Zentrumslasten

Die Stadt Bern ist sich ihrer Rolle als Kern- resp. Bundeshauptstadt bewusst und ist gerne Motor der Wirtschaftsentwicklung und das Kulturzentrum des Kantons.

Sowohl die Agglomerationsgemeinden als auch der Bund entschädigen die Stadt für diese besonderen Leistungen.

Ziele

- Die Zentrumslasten werden verursachergerecht auf die gesamte nutzniessende Bevölkerung verteilt.
- Die Stadt Bern verzeichnet keinen Leistungsabbau zu Lasten der eigenen Bevölkerung wegen des Wahrnehmens der Funktion als Kern- und Bundeshauptstadt. Sie bewahrt den (finanziellen) Spielraum, um zeitgerecht und angemessen auf die zunehmend raschen gesellschaftlichen Veränderungen und die daraus resultierenden Bedürfnisse ihrer Bevölkerung reagieren zu können.
- Die Stadt Bern wird als Wirtschaftsmotor und Kulturzentrum der Region und des Kantons trotz der eher kleinräumigen föderativen Strukturen (Stichworte: Gemeindeautonomie, Gemeindegrenzen, Territorialitätsprinzip) weiterentwickelt.
- Fragen nach der sachgerechten Finanzierung (und der Kompetenzregelung) der Zentrumsaufgaben werden im Rahmen der laufenden Vorhaben zur regionalen Zusammenarbeit zwingend geklärt.

Massnahmen

1. Bezüglich der nicht vollumfänglich gedeckten Zentrumslasten ist Transparenz zu schaffen: Die nicht kostendeckend zu erbringenden Zentrumsleistungen der Stadt Bern sind für die einzelnen Bereiche bzw. Funktionen jährlich unter Ausweis der ungedeckten Kosten offen zu legen.
2. Es wird ein Benchmark zur schweizweiten Messung der Belastung der einzelnen Kernstädte unter Federführung der Stadt Bern entwickelt. Gegebenenfalls wird der Umfang (Qualität oder Quantität) von nicht kostendeckend zu erbringenden Zentrumsleistungen auf den Referenzwert oder das Notwendigste angemessen reduziert.
3. Es wird eine Tourismusförderabgabe (TFA) in der Stadt Bern im Sinne von Art. 264 des kantonalen Steuergesetzes eingeführt. Im Gegensatz zur Kurtaxe sind bei der TFA die Unternehmen, die mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einen hohen Nutzen aus dem Tourismus ziehen, abgabepflichtig.
4. Soweit Zentrumslasten nicht Gegenstand von Lastenausgleichsmechanismen bilden, sind die Möglichkeiten der bi- bzw. multilateralen Vereinbarungen mit den von einzelnen Zentrumsleistungen profitierenden Agglomerationsgemeinden auszuschöpfen.
5. Zentrumsleistungen im Zusammenhang mit Grossveranstaltungen sind durch die wirtschaftlichen Nutzniesser (primär Veranstalter) zu decken. Die notwendigen Bewilligungen sind mit Auflagen zu versehen.
6. Die Möglichkeiten des Sponsorings (z. B. zugunsten von Kulturinstitutionen und -veranstaltungen in der Stadt Bern) werden ausgelotet bzw. ausgeschöpft, insbesondere im Rahmen der Gespräche zur Ansiedelung von zumindest national tätigen Unternehmen.
7. Die überparteiliche Zusammenarbeit auf Ebene der Stadtvertreter im kantonalen und nationalen Parlament in der Frage der vollumfänglichen Abgeltung der Zentrumslasten wird gefördert.

Zuständigkeiten / Verantwortlichkeiten / Anspruchsgruppen

Kanton, Stadt, Private, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen, Universität, Organisationen der Arbeitswelt OdA.